

Stand: 11.05.2025 16:01:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/559

"Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/559 vom 13.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1981 des WK vom 09.05.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2252 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich über den Stand der Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen zu berichten.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

- Wie der aktuelle Stand bei dem geplanten Neubau des Staatsarchivs in Kitzingen ist;
- Welche Faktoren Ursache für die Zeitverzögerung bei der geplanten Umsetzung sind;
- Welche Kosten nach den neuesten Erkenntnissen für den Neubau angesetzt sind;
- Welche Kosten die Staatsregierung maximal bereit ist, für dieses Projekt zu übernehmen;
- Mit welchen zusätzlichen Kosten für Planung sowie zusätzliche Infrastruktur die Staatsregierung rechnet und inwieweit deren Finanzierung durch bereits bestehende Beschlüsse der zuständigen Gremien, z. B. Stadt und Landkreis Kitzingen, abgesichert ist;
- Inwieweit in der Gesamtkostenschätzung, die sich derzeit nach Aussage des Staatlichen Bauamts Würzburg auf „mindestens 50 Mio. Euro“ beläuft, die Verlagerung der Archivbestände, die zurzeit noch in der Festung Marienberg gelagert sind, in ein „Ausweichquartier“ noch vor dem Umzug nach Kitzingen und deren späteren Umzug in das Staatsarchiv, in den Kostenschätzungen bereits berücksichtigt wurde;
- Welche Beschlüsse zu Bau, Planung und Verlagerung der Archivmaterialien in den zuständigen Gremien bereits getroffen wurden;
- Inwieweit mit der sowieso notwendigen Zwischenlagerung der Archivalien sich ein größeres Zeitfenster ergibt, um alternative Standorte und daraus resultierende Kosteneinsparungen zu prüfen;
- Welche weiteren Großprojekte im selben Zeitraum anstehen, für die das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst Haushaltsmittel einplanen muss;
- Ob und in welcher Form angesichts der enormen Kostensteigerungen (von geplanten 33 Mio. Euro auf mindestens 50 Mio. Euro) schon Schritte unternommen wurden, um alternative, möglicherweise kostengünstigere Standorte zu prüfen;
- Ob geplant ist, mit der Stadt und dem Landkreis Kitzingen in Gespräche zu gehen, um alternative Behördenverlagerungen angesichts der enormen Kostensteigerungen zu prüfen und dadurch die Stärken der Region, die im Bereich Weinbau, Tourismus, ländliche Entwicklung und vielem mehr liegen, zu stärken;

- Welche Behörden oder Institute für eine Verlagerung nach Kitzingen berücksichtigt werden können, die für Kitzingen als Weinbau- und Tourismusregion einen wirklichen Mehrwert bedeuten würden;
- Ob in der Vergangenheit bereits alternative Konzepte zur Stärkung der Region in und um Kitzingen untersucht wurden und es Pläne gibt, die alternativ umgesetzt werden könnten, um die Region zu stärken;
- Wie die Staatsregierung zu der Resolution des Stadtrats Würzburg von November 2018 steht, in der die Stadt Würzburg ihre Befürchtungen angesichts der befürchteten Zerschlagung gewachsener Archivstrukturen und dem Verlust historischer Dokumente der Stadtgeschichte Ausdruck verleiht.

Begründung:

Der für das Jahr 2022 geplante Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen zieht sich länger hin als ursprünglich gedacht: nach Aussage des Staatlichen Bauamts Würzburg wird die Verlagerung nicht vor 2025 stattfinden. In Würzburg ist das Staatsarchiv bislang im Nordflügel der Residenz sowie in der Festung Marienberg untergebracht. In Kitzingen soll das Archiv im ehemaligen Deustergarten auf 8.000 Quadratmetern ein neues Gebäude erhalten.

Die Verlagerung angestoßen hatte der damalige Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, im Rahmen der Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen. Im März 2016 beschloss der Ministerrat die Verlagerung. Die Entscheidung stieß in fachlichen Kreisen überregional auf großen Widerstand, da dadurch der Wissenschafts- und Forschungsstandort Würzburg geschädigt würde und der Nutzen für Kitzingen marginal wäre. Zudem verursache die Verlagerung nicht nur einmalige Kosten für Planung, Bau und Umzug, sondern ziehe langfristig höhere Folgekosten nach sich, z. B. höhere Transportkosten für die Abgabe von behördlichen Akten sowie für Dienstreisen der Mitarbeiter des Staatsarchivs zwischen Kitzingen und Würzburg. Die Funktionalität und der Sinn des Staatsarchivs, also die Benützung und wissenschaftliche Erforschung seiner Bestände, geht am geplanten Standort im erheblichen Maße verloren und genau deswegen hat die Stadt Würzburg im November 2018 eine entsprechende Resolution gegen die Verlagerung des Staatsarchivs beschlossen und an die Staatsregierung geschickt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/559**

Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 3. April 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/559, 18/1981

Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich über den Stand der Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen zu berichten.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

- Wie der aktuelle Stand bei dem geplanten Neubau des Staatsarchivs in Kitzingen ist;
- Welche Faktoren Ursache für die Zeitverzögerung bei der geplanten Umsetzung sind;
- Welche Kosten nach den neuesten Erkenntnissen für den Neubau angesetzt sind;
- Welche Kosten die Staatsregierung maximal bereit ist, für dieses Projekt zu übernehmen;
- Mit welchen zusätzlichen Kosten für Planung sowie zusätzliche Infrastruktur die Staatsregierung rechnet und inwieweit deren Finanzierung durch bereits bestehende Beschlüsse der zuständigen Gremien, z. B. Stadt und Landkreis Kitzingen, abgesichert ist;
- Inwieweit in der Gesamtkostenschätzung, die sich derzeit nach Aussage des Staatlichen Bauamts Würzburg auf „mindestens 50 Mio. Euro“ beläuft, die Verlagerung der Archivbestände, die zurzeit noch in der Festung Marienberg gelagert sind, in ein „Ausweichquartier“ noch vor dem Umzug nach Kitzingen und deren späteren Umzug in das Staatsarchiv, in den Kostenschätzungen bereits berücksichtigt wurde;
- Welche Beschlüsse zu Bau, Planung und Verlagerung der Archivmaterialien in den zuständigen Gremien bereits getroffen wurden;
- Inwieweit mit der sowieso notwendigen Zwischenlagerung der Archivalien sich ein größeres Zeitfenster ergibt, um alternative Standorte und daraus resultierende Kosteneinsparungen zu prüfen;
- Welche weiteren Großprojekte im selben Zeitraum anstehen, für die das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst Haushaltsmittel einplanen muss;

- Ob und in welcher Form angesichts der enormen Kostensteigerungen (von geplanten 33 Mio. Euro auf mindestens 50 Mio. Euro) schon Schritte unternommen wurden, um alternative, möglicherweise kostengünstigere Standorte zu prüfen;
- Ob geplant ist, mit der Stadt und dem Landkreis Kitzingen in Gespräche zu gehen, um alternative Behördenverlagerungen angesichts der enormen Kostensteigerungen zu prüfen und dadurch die Stärken der Region, die im Bereich Weinbau, Tourismus, ländliche Entwicklung und vielem mehr liegen, zu stärken;
- Welche Behörden oder Institute für eine Verlagerung nach Kitzingen berücksichtigt werden können, die für Kitzingen als Weinbau- und Tourismusregion einen wirklichen Mehrwert bedeuten würden;
- Ob in der Vergangenheit bereits alternative Konzepte zur Stärkung der Region in und um Kitzingen untersucht wurden und es Pläne gibt, die alternativ umgesetzt werden könnten, um die Region zu stärken;
- Wie die Staatsregierung zu der Resolution des Stadtrats Würzburg von November 2018 steht, in der die Stadt Würzburg ihre Befürchtungen angesichts der befürchteten Zerschlagung gewachsener Archivstrukturen und dem Verlust historischer Dokumente der Stadtgeschichte Ausdruck verleiht.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

